



Dossier

Am 28. Januar 2020 fand in den Räumen der Deutschen Kreditbank AG in Halle/Saale eine Veranstaltung der Hallenser Wirtschaftsgespräche e.V. zum Thema „Die Folgen des Syrienkrieges, die Flüchtlingskrise und der aktuelle rechtsradikale Terrorismus in Deutschland“ statt. Die Deutsche Kreditbank AG in Halle/Saale war Mitveranstalter.

Nach der Begrüßung durch den Leiter des Standortes Halle/Saale und Region Süd-Ost der Deutschen Kreditbank AG, René Viehstädt, und dem Vorstandsvorsitzenden der Hallenser Wirtschaftsgespräche e.V., Dr. Thomas Schneider, konnten etwa 40 Teilnehmer einer bewegenden Veranstaltung folgen.

Für die Hallenser Wirtschaftsgespräche e. V. war es eine große Ehre, den früheren Bundesaußenminister und Vizekanzler a. D. der Bundesrepublik Deutschland, Joschka Fischer, in Halle/Saale begrüßen zu dürfen.





Bei dem Bürgerkrieg in Syrien handelt es sich um eine seit dem Jahr 2011 andauernde, bewaffnete Auseinandersetzung diverser Gruppen, die mit fortschreitender Dauer zunehmend unter Beteiligung internationaler Mächte stattfindet.

Der ehemalige Bundesaußenminister führte aus, dass der Nahe Osten ein Krisengebiet ist und seiner Meinung nach auch weiterhin bleiben wird. Der Grund dafür besteht unter anderem darin, dass die Außenpolitik der Staaten in dieser Region von Hegemonie und nationaler Überhöhung geprägt ist. Aber auch der Irakkrieg - ausgelöst durch die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2003 - hat die Probleme in der Region nicht gelöst, sondern eher noch verschärft.

Darüber hinaus besteht die Gefahr einer nuklearen Aufrüstung durch den Iran und resultierend daraus eine direkte militärische Intervention seitens Israels. Dadurch kann es zu einer weiteren Gewaltspirale in dieser Region kommen. Deswegen sollte nach Meinung von unserem ehemaligen Bundesaußenminister keine deutschen Truppen in dieser Region zur Sicherung einer möglichen Schutzzone stationiert werden. Denn damit würde dieser Konflikt noch mehr angeheizt werden. Vielmehr sollte in diesem Gebiet auf eine internationale Zusammenarbeit zur Schaffung des Friedens und damit einhergehend zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gesorgt werden.

Dieser Region mangelt es - so Joschka Fischer - an Bildung und Zukunftschancen. In den dortigen Medien wird immer wieder die wirtschaftliche Stärke Deutschlands hervorgehoben. Das war mit ein Hauptgrund, weshalb sich im Jahr 2015 mehrere Hunderttausende Syrer über das Mittelmeer und die Balkanroute nach Deutschland auf den Weg machten.

Aus seiner Sicht konnte daher die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel damals nicht anders handeln und musste die Flüchtlinge aufnehmen, um eine humanitäre Katastrophe zu vermeiden. Allerdings hätte man die Gründe für die Entscheidung der Bundesregierung unverzüglich durch die Medien wirksamer darlegen müssen. Unabhängig davon hätte die Flüchtlingskrise besser organisiert werden müssen.

In dem zweiten Teil seines Vortrages legte Joschka Fischer dar, dass es in Deutschland schon weit vor dem Syrienkrieg eine Zunahme des rechtsradikalen Terrorismus gegeben habe. Man denke nur an die rechtsradikalen Ausschreitungen in Rostock ab dem Jahre 1992.

Trotz allem lässt sich feststellen, dass durch die Flüchtlingskrise die AfD - insbesondere in Ostdeutschland - beachtliche Wahlerfolge erringen konnte. So tritt der rechtsradikale Terrorismus in Deutschland verstärkt hervor. Nach unserem Dafürhalten glaubten wir, dass wir aus unserer schrecklichen Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus gelernt hätten. Das scheint nicht der Fall zu sein.



Am 09. Oktober 2019 versuchte ein deutscher Rechtsextremist eine halleische Synagoge - während des Jom Kippur-Gottesdienstes, dem höchsten jüdischen Feiertag - zu stürmen, um einen Massenmord an den etwa 50 Gläubigen zu begehen. Nachdem der mit selbst gebauten Schusswaffen und Sprengsätzen schwer bewaffnete Täter am Eindringen in die Synagoge gescheitert war, warf er Sprengsätze über die Mauer des Grundstücks und erschoss eine vorbeigehende Passantin. Anschließend stürmte er einen in der Nähe gelegenen Dönerimbiss und erschoss darin einen Gast.



Herr Fischer zeigte sich von den Ereignissen in Halle/Saale in den Oktobertagen des vergangenen Jahres noch sehr bewegt.

Er meinte der rechtsradikale Terrorismus und die Verneinung des Holocausts in Deutschland ist nicht hinnehmbar, damit sich die Deutsche Geschichte nicht wiederholt. Wir dürfen unsere nach dem Zweiten Weltkrieg hart erarbeitete Akzeptanz in der internationalen Staatengemeinschaft nicht aufs Spiel setzen.



Wir haben unsere Schuld klar akzeptiert. Das wiedergewonnene Vertrauen in die positiven, friedlichen und konstruktiven Absichten Deutschlands haben letztendlich erst die Deutsche Einheit im Jahr 1989/90 möglich gemacht. Falls wir das Problem des Rechtsextremismus nicht in den Griff bekommen, ist es eine große Gefahr für Deutschland.

Für Joschka Fischer bildet das «Nie wieder!» die Ausgangsbasis des Grundgesetzes. Daran dürfe - so Fischer - nicht gerüttelt werden. Fischer forderte in seinem Vortrag ein Festhalten an der Schuldverantwortung der deutschen Demokratie an den Verbrechen der Nazis. «Wir dürfen hier keinen Millimeter nachgeben», so Joschka Fischer.

Joschka Fischer geht davon aus, dass in den nächsten Jahren viele weitere Flüchtlinge zu uns kommen werden. Wir müssten daher alles daransetzen, die Flüchtlinge noch besser - vorrangig in das Handwerk - zu integrieren.

Eine Rückkehr der Flüchtlinge in aktuelle oder ehemalige Krisen- und Kriegsgebiete - insbesondere nach Syrien - hält er für problematisch.

Schon aus Eigeninteresse sollten wir die neue und starke internationale Rolle Russlands genau beobachten und dafür eintreten, dass die Türkei aus sicherheitspolitischen Gründen weiterhin Mitglied der NATO bleibt.

In seinen Fazit stellte Joschka Fischer am Ende seiner Ausführungen fest, das auch internationale Krisen wie in Syrien immer mehr die deutsche Politik beeinflussen. Hinzu treten viele weitere - sowohl internationale als auch deutsche - Probleme. Die zu bewältigenden Aufgaben werden auch nach der Bundestagswahl im Herbst 2021 nicht einfacher werden.